

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/94

17. Mai 1977

Ein Markstein europäischer Nachkriegsgeschichte

---

Vor fünf Jahren wurden die Ostverträge im Bundestag ratifiziert

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages

Seite 1 und 2 / 84 Zeilen

Michel Debré schießt quer

---

Paris muß auf Alleingang des Ex-Ministerpräsidenten antworten

Von Horst Seefeld MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Europäisches Parlament der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 / 40 Zeilen

Polemik der Opposition hilft niemandem

---

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften erhalten mehr Bundesmittel

Von Hansmartin Simpfendorfer MdB  
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Seite 4 / 35 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 150 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 21 99 38/39  
Telex: 66 646-66 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 86 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

## Ein Meilenstein europäischer Nachkriegsgeschichte

---

Vor fünf Jahren wurden die Ostverträge im Bundestag ratifiziert

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages

In diesen Tagen jähren sich zwei bedeutende Ereignisse, die zu den Meilensteinen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gehören.

- Am 26. Mai 1952 - vor 25 Jahren - wurde der "Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten" (Deutschland-Vertrag) unterzeichnet.
- Am 17. Mai 1972 - heute vor fünf Jahren - wurden der Moskauer und der Warschauer Vertrag im Deutschen Bundestag ratifiziert.

Wenngleich 20 Jahre zeitlicher Abstand zwischen beiden Verträgen liegt, so dienten beide der Aussöhnung: zunächst mit den Westmächten, später mit der Sowjetunion und Polen. Beide Abkommen prägten die Außenpolitik unseres Landes nachhaltig.

Der Deutschland-Vertrag regelte das Ende des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland und gab dieser die Rechte eines souveränen Staates. Er entstand im Bemühen um einen deutschen Verteidigungsbeitrag, der damals insbesondere von den USA unter dem Eindruck des Korea-Krieges und der wachsenden Spannungen zwischen Ost und West gewünscht wurde. Die Aufstellung deutscher Verbände war einerseits nur unter der Bedingung der Gewährung der Souveränität und andererseits zugleich ihrer Einbindung und damit ihrer Kontrolle in die ursprünglich geplante europäische Verteidigungsgemeinschaft möglich. Wenngleich der Deutschlandvertrag in Artikel 1 der Bundesrepublik die "volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten" verlieh, so wurden in Artikel 2 die alliierten Vorbehalte spezifiziert, welche insbesondere die Stationierung von Streitkräften, sowie Berlin und Deutschland als Ganzes betrafen. In Artikel 7 einigten sich die Vertragspartner schließlich, ihr gemeinsames Ziel, ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer freiheitlich demokratischen Verfassung, mit friedlichen Mitteln zu verwirklichen und die endgültige Festlegung der deutschen Grenzen bis zu einer Friedensregelung offenzulassen. Adenauer erstrebte die feste Integration der Bundesrepublik im Bündnisystem des Westens. Durch das Bündnis sollte der Westen so stark gemacht werden, daß die Sowjetunion eines Tages zur Herausgabe der DDR genötigt sein sollte.

Demals war die Sowjetunion intensiv bemüht, die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Das in der sowjetischen Note vom April 1952 enthaltene Verhandlungsangebot wurde leider nicht auf seine Substanz hin ernsthaft geprüft. Diesbezügliche Anregungen der damals in der Opposition befindlichen SPD wurden ignoriert. Die Auseinandersetzungen um den Deutschland-Vertrag und den Beitritt in die europäische Verteidigungsgemeinschaft waren insbesondere wegen der damit verknüpften Wiederaufrüstung äußerst heftig, weil die SPD warnend darauf hinweisen mußte, daß die Westintegration die Wiedervereinigung zumindest erschwere, wenn nicht gar unmöglich mache. Wenngleich sich die SPD im Juni 1960 (historisch bedeutsame Rede von Herbert Wehner im Deutschen Bundestag) auf den Boden der Westverträge stellte, um

außenpolitisches Aktionsfeld zu gewinnen, so war bereits damals klar, daß der von ihr einst aufgezeigte Widerspruch zwischen Westintegration und Wiedervereinigungsbestreben sich als geschichtliche Wahrheit erwiesen hat. Ebenso wurde zunehmend klarer, daß Adenauers sog. Politik der Stärke ein Trugschluß war.

So bedeutsam der Deutschland-Vertrag für die Bundesrepublik auf ihrem Weg zu politischer Selbständigkeit auch war, er verleitete CDU/CSU-geführte Bundesregierungen dazu, auf eine eigene Ost- und Deutschlandpolitik weitgehend zu verzichten. Verhandlungsofferten der Sowjetunion und erst recht solche der DDR wurden ignoriert. Die Verantwortung für die Ost- und vor allem für die Deutschlandpolitik wurde weitgehend den Westmächten zugeschoben. Der Immobilismus wurde kultiviert.

Unter den Bedingungen der Änderung des strategischen Kräfteverhältnisses und des Aufrückens der Sowjetunion zur ebenbürtigen Atommacht wurde eine Modifizierung der Außenpolitik immer dringender notwendig. Die bundesdeutsche Außenpolitik stand vor der Aufgabe, gestützt auf die Einbindung in den Westen und die sich entwickelnde Freundschaft mit den westlichen Nachbarn die Beziehungen zu den kommunistischen Nachbarstaaten zu normalisieren. Um in dem sich zwischen den Großmächten entwickelnden Entspannungsprozeß auf der Basis des Status quo in Europa nicht zwischen zwei Stühle zu geraten, wurde es notwendig, die Wahrnehmung der deutschen Interessen in diesem Entspannungsprozeß einzufädeln. Das machte es erforderlich, in einem konkretisierten Gewaltverzicht die Unverletzlichkeit der gegebenen Grenzen auch in Osteuropa anzuerkennen.

Die am 17. Mai 1972 ratifizierten Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen wurden zu einem Meilenstein europäischer Nachkriegsgeschichte. In Mitteleuropa wurde damit die Grundlage für den Übergang von der Konfrontation zur Kooperation geschaffen. Die Anerkennung gegebener Grenzen war die Voraussetzung, diese durchlässiger zu machen. Die Bundesrepublik Deutschland entging dadurch einer sich anbahnenden außenpolitischen Isolierung und wurde befähigt, im Bereich der Ost- und Deutschlandpolitik selbständig zu handeln, womit sie erheblich an außenpolitischem Bewegungsspielraum gewonnen hat.

Neben der Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis - vor allem den freundschaftlichen Beziehungen zu den USA, Großbritannien und Frankreich - ist die Normalisierung der Beziehungen zu den kommunistischen Nachbarstaaten zu einer Grundlage bundesdeutscher Außenpolitik geworden. Auf diesen Grundlagen ist die Bundesrepublik Deutschland heute ein Friedensfaktor in Europa geworden.

In diesen Tagen besteht aufgrund von Äußerungen aus der CDU verstärkter Anlaß zu fragen, wann die Opposition endlich den Mut aufbringen wird, sich in Wort und Tat ohne taktische Winkelzüge auf den Boden der Ostvertrags-Politik der Bundesregierung Deutschland zu stellen - zumal sie doch offensichtlich keinerlei Alternative anzubieten hat. (-/17.5.1977/ka/ja)

+ + +

**Michel Debré schießt quer**  
-----

**Paris muß auf Alleingang des Ex-Ministerpräsidenten antworten**

Von Horst Seefeld MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Europäisches Parlament der SPD-Bundestagsfraktion

Frankreichs ehemaliger Ministerpräsident Michel Debré schießt, im Vorfeld der Vorbereitungen in den neun EG-Ländern zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments, quer. So forderte er vor wenigen Tagen u.a. Neuverhandlungen zwischen den EG-Regierungen über die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments. Damit will er die Machtbefugnisse, die jetzt außerordentlich minimal sind, noch mehr einengen und eine Ausweitung von Kompetenzen des später direkt gewählten Parlaments von vornherein verhindern.

Die Vorschläge von Debré sehen unter anderem vor, das Europäische Parlament nur dreimal im Jahr jeweils für einen Monat tagen und die Tagesordnung jeweils vom Europäischen Rat, der Runde der neun Regierungschefs, genau festlegen zu lassen.

Ein weiterer - unverständlicher - Vorschlag sieht vor, keine Texte des Europäischen Parlaments zu billigen, die das jetzige französische Wahlsystem verändern könnten. Allgemein ist unbestritten, daß die erste, für das Jahr 1978 geplante Direktwahl des Europäischen Parlaments nach Wahlgesetzen abgehalten wird, die in den einzelnen Mitgliedsländern durch die jeweiligen Parlamente beschlossen werden. Das dann so gewählte Parlament soll sich in den fünf Jahren seiner ersten Legislaturperiode ein Wahlgesetz schaffen, das in allen Ländern gleich ist. Sicher ist das keine leichte Aufgabe und die 410 Europe-Parlamentarier werden genug zu tun haben, um dieses Ziel zu erreichen.

Für alle am Fortgang der Europäischen Gemeinschaft Interessierten stellt sich nach dem Alleingang von Michel Debré die Frage, wie ernst man den früheren französischen Ministerpräsidenten nehmen muß. Immerhin handelt es sich um einen einflußreichen Politiker einer Regierungspartei Frankreichs, der auch heute noch Einfluß auf die Regierungspolitik hat. Andererseits steht die Reaktion des Gaullisten-Führers Jacques Chirac zu den Vorstellungen von Michel Debré noch aus.

Ohne Zweifel werden solche Einschränkungabsichten der Arbeit des Europäischen Parlaments nicht ungehört verhallen. Gerade in den Ländern, in denen noch immer eine innere Opposition gegen die Europäische Gemeinschaft und das Europäische Parlament vorhanden ist, wird Debré Anlaß zu verstärkten Aktivitäten der Europa-Begner geben. Es wäre deshalb gut, wenn sowohl die Regierung in Paris wie auch die französischen Parteien sehr bald und deutlich sagen würden, was sie von den Absichten zur Beschränkung der Arbeit des Europäischen Parlaments halten. Man wartet gespannt darauf, ob bereits vor der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments Fragen über dessen Kompetenzen in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stehen müssen.  
(-/17.5.1977/ks/ja)

+ + +

**Polemik der Opposition hilft niemandem**  
-----

**Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften erhalten mehr Bundesmittel**

Von Hansmartin Simpfendorfer MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages sind sich einig: Auch in diesem Jahr soll der Zuschuß des Bundes zur Verminderung der Beitragslast in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung aufgestockt werden, und zwar von 320 Millionen DM auf 400 Millionen DM. Das wird möglich, weil im Bereich der landwirtschaftlichen Sozialpolitik an anderer Stelle Kürzungen möglich sind. Dadurch können die Beitragserhöhungen 1977/78 in Grenzen gehalten werden. Die Fraktionen von SPD und FDP werden deshalb in der entscheidenden Beratung des Agrarreferats im Haushaltsausschuß einen entsprechenden Antrag stellen. Sie verbinden die Erhöhung des Zuschusses allerdings mit der Forderung, daß er nicht nur zur Entlastung der Beitragszahler, sondern auch zur Leistungsverbesserung verwendet wird. Deshalb darf der Erhebungsbeitrag von 80 Millionen DM nach Auffassung der Koalition erst ausgegeben werden, wenn die Berufsgenossenschaften die Jahresarbeitsverdienste, die die Bemessungsgrundlage für die Rentenleistung sind, rückwirkend ab 1. Januar 1977 von 9 000 DM auf 10.800 DM erhöht haben. Das entspricht weitgehend den Absichten der Berufsgenossenschaften.

Die Fraktionen der SPD und FDP haben darüberhinaus den Wunsch, daß alle Berufsgenossenschaften in den nächsten Jahren die Beiträge von den landwirtschaftlichen Unternehmern und nicht mehr von den Grundstückeigentümern erheben und daß sie das im ganzen Bundesgebiet nach einheitlichen Bemessungsgrundlagen tun. Hier stimmt die Koalition im Übrigen ebenfalls mit den mittelfristigen Zielen des Bundesverbandes des landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften überein.

Daraus hat sich nun eine völlig unnütze Polemik der CDU/CSU-Opposition gegen die Koalition entwickelt. Von "Erpressung" ist die Rede und von der Aushöhlung der "Rechte von Selbstverwaltungsorganen", weil die Koalition mit dem Bundeszuschuß gewisse Auflagen verbindet. Dabei ist es ein müßiger Streit, denn die SPD/FDP-Koalition hat nie etwas anderes gemeint als daß die Bundesregierung gemeinsam und in Abstimmung mit den Selbstverwaltungsorganen die Wünsche des Parlaments verwirklichen sollte. Etwas anderes läßt die Gesetzeslage überhaupt nicht zu. Deshalb war eine entsprechende Beschlußfassung im Ernährungsausschuß nicht nötig. Dennoch wird die Koalition bei der Beratung im Haushaltsausschuß deutlich machen, daß Einigkeit in der Sache besteht, ob es die Opposition nun wahrhaben will oder nicht. Konfrontation um jeden Preis schadet der Demokratie.

(~/ 17.5.1977/kr/ja)